

# Geld für die Staatskasse Jetzt kommt Schäubles 0,01-Prozentsteuer

[08:41, 16.12.10]

Von Jens Tartler

Für die neue Abgabe für Finanzmarktgeschäfte standen drei Sätze zur Auswahl: 0,01, 0,05 oder 0,1 Prozent. Der Finanzminister entschied sich für den kleinsten Wert. Das hat guten Grund. Und eine gute Nachricht für Kleinsparer gibt es auch: Sie werden geschont.



-

Die Arbeiten des Bundesfinanzministeriums an einer Finanztransaktionssteuer werden konkret. Bei einem Treffen von Steuerexperten des Ministeriums mit den Verbänden der Finanzbranche gab es Einigkeit darüber, unter den drei zur Debatte stehenden Steuersätzen den niedrigsten zu nehmen: 0,01 Prozent. Die Alternativen wären 0,05 und 0,1 Prozent. Die zuständige Referatsleiterin aus der Steuerabteilung habe deutlich gemacht, dass die Regierung keine Lenkungswirkung auf die Finanzgeschäfte ausüben wolle, berichteten Teilnehmer der Sitzung. Es gehe allein darum, zusätzliche Einnahmen für den Staat zu erzielen.

Um die Steuer auf eine breite Bemessungsgrundlage zu stellen und möglichst wenige Ausweichreaktionen hervorzurufen, will das Ministerium alle Finanzprodukte besteuern, also auch Derivate und OTC-Produkte (over the counter), die nicht an der Börse gehandelt werden. Die Verbände lehnen die Steuer grundsätzlich ab, wollen aber zumindest das Schlimmste verhindern: die Besteuerung von Riester-Produkten, Fonds und Sparbüchern.

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte seine Fachleute beauftragt, ein Konzept für eine Finanztransaktionssteuer zu entwickeln. Der Bundesregierung war es zwar weder beim G20-Gipfel der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer in Seoul noch auf EU-Ebene gelungen, eine Mehrheit für die Steuer zu bekommen. Es gibt aber durchaus Länder, die Deutschland unterstützen. In Frankreich und in der EU-Kommission wird ebenfalls an einem Konzept für die Steuer gearbeitet. Schäuble möchte ein deutsches Modell vorlegen können, wenn die Chance zur politischen Durchsetzung kommt.

Die Arbeiten führen schon jetzt zu Debatten im Bundestag. Die parlamentarische Staatssekretärin im Entwicklungsministerium, Gudrun Kopp (FDP), erkundigte sich aufgrund eines "Spiegel"-Berichts beim Finanzministerium, ob die Einnahmen aus der Steuer in die Entwicklungshilfe fließen würden. Das Finanzministerium dementierte. Die SPD - seit langem eine Verfechterin der Steuer - will jetzt den Druck erhöhen. "Die Geheimniskrämerei der Bundesregierung hat endlich ein Ende", sagte der Finanzexperte Carsten Sieling der FTD. Die Kosten der Krise dürften nicht weiterhin von den

Steuerzahlern bezahlt werden. Die Regierung müsse jetzt rasch Ergebnisse liefern. "Ein weiteres Verstecken hinter G20 und Europa kann es nicht mehr geben."

Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk (CSU) sagte am Mittwoch im Finanzausschuss, die Steuer lasse sich weltweit kaum durchsetzen. Eine Einführung nur in der Euro-Zone sei nicht sinnvoll, weil dann zu viel Geschäft nach London abwandern würde. Deshalb müsse die Steuer in der ganzen EU gelten.

Schäuble muss die Arbeiten an der Steuer allein schon deshalb vorantreiben, weil er sie in der mittelfristigen Finanzplanung mit 2 Mrd. Euro pro Jahr ab 2012 eingeplant hat. Diese Zahl ist allerdings noch zurückhaltend geschätzt. Der Ökonom Stephan Schulmeister vom Wifo-Institut in Wien kommt bei einem Steuersatz von 0,01 Prozent auf Einnahmen von 12 Mrd. Euro pro Jahr allein für Deutschland - unter der Voraussetzung, dass auch Großbritannien die Steuer einführt und es keine Verlagerungen nach London gibt. Bei einem Satz von 0,05 Prozent kämen mehr als 30 Mrd. Euro zusammen. Das fände er auch richtig. "Es gibt Finanztransaktionen, die das System destabilisieren", sagte Schulmeister. So sei es nicht sinnvoll, dass allein an der Terminbörse Eurex das deutsche Bruttoinlandsprodukt 60-mal umgesetzt werde. Insbesondere die computergesteuerten Geschäfte in Millisekunden funktionierten mit extrem geringen Margen. Diese würden durch die Steuer deutlich unattraktiver.